

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag mit der wöch. Beilage „Der Sonntags-Gast“.

Bestellpreis für das Vierteljahr im Bezirk u. Nachbarortsvorkehr M. 1.15, außerhalb M. 1.25.



# Blatt der Lannen

Amtsblatt für Altensteig, Stadt. und Unterhaltungsblatt  
Allgemeines Anzeiger  
Von der oberen Nagold.

Geegründet 1877.

Einrückungs-Gebühr für Kleinanzeigen nach nahe Umgebung bei einmal. Einrückung 8 Pfg., bei mehrmal je 6 Pfg., auswärts je 8 Pfg., die ein-spaltige Zeile oder deren Raum.

Berwendbare Beiträge sind willkommen.

Nr. 17.

Man abonniert auswärts auf dieses Blatt bei den K. Postämtern und Postboten.

Samstag, 3. Februar

Bekanntmachungen aller Art finden die erfolgreichste Verbreitung.

1906.

## Tagespolitik.

Die Entscheidung ist gefallen: die Verfassungsrevision wurde in der Donnerstagssitzung der Kammer der Abgeordneten mit 69 gegen 20 Stimmen des Zentrums und der Abgg. von Breitshardt und von Bisingen mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit angenommen.

Zur Frage der Schiffabgaben hat der bayerische Verkehrsminister v. Franendorfer in der bayerischen Kammer der Reichsräte die Erklärung abgegeben, daß die Regierung hierzu noch nicht ausdrücklich Stellung genommen habe. Für seine Person möchte er glauben, daß man Maßnahmen wohl zustimmen könne, sofern es sich nur um mäßige Abgaben handle. Im Gegensatz hierzu sprach sich Kronfolger Prinz Ludwig gegen die Erhebung jeglicher Schiffabgaben aus.

Dem Reichstag ging vom Gouverneur Graf Öbgen, unterm 26. Dezember aus Dar-es-Salaam eine Denkschrift über die Ursachen des Aufstandes in Ostafrika zu. Nach der Denkschrift ist einmal zweifellos, daß die Ausrüstung und die Führung des Aufstandes nicht von außerhalb ins Schutzgebiet hineingetragen worden ist, zweitens hat der Aufstand mit der anthropischen Bewegung keine Gemeinschaft; drittens muß dem Aufstand der Charakter einer religiösen Bewegung abgesprochen werden. Zur richtigen Beurteilung der Verhältnisse muß ferner die Tatsache berücksichtigt werden, daß es sich um eine rein heidnische Bewegung handelt. Die von dem Gouverneur eingesetzte Untersuchungs-Kommission hält die Nachmittel des Gouverneurs für unzureichend. Der Gouverneur bemerkt dazu: Die Verpflegung der Nachmittel auf eine weiße und 15 farbige Feldkompagnien, eine Maschinengewehrabteilung und rund 1700 Mann farbige Polizei, die heute als Mindeststärke angesehen werden muß, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, habe auch ich nicht vor Ausbruch des Aufstandes für notwendig gehalten. Ein unmittelbarer Zwang zur Teilnahme an dem Aufstand ist in fast allen Landschaften auf eine größere Zahl von Dorfschaften durch bewaffnete Banden ausgeübt worden. Das Mittel der Fährer war die Verbreitung falscher Nachrichten über die Ermordung des Gouverneurs, vieler Weiser, über schwere Niederlagen der Truppen und über den Aufstand in Südwestafrika, wodurch in einigen Köpfen die Vorstellung von dem nahen Ende der weißen Herrschaft bekräftigt wurde. Treibende Momente werden ferner gewesen sein die lästig empfundenen Eingriffe in das Leben der Eingeborenen, wie die Beschränkung der Sklaverei, die Huttensteuer, die Walfischfängerordnung, die Jagdschutzverordnung, die Wegeunterhaltungspflicht, der Zwang zum Schulbesuch und zur Lohnarbeit.

Die ungarische Opposition scheint in ihrem Kampfe gegen die Krone endlich zu unterliegen und daher nachgeben zu wollen. In seiner Botschaft an die vereinigten ungarischen Oppositionsparteien hat der Kaiser in der Armeefrage keinerlei Zugeständnisse gemacht, sondern die unbedingte Bewilligung aller Heeres- und Marinevorlagen gefordert und zugleich die Erledigung der Handelsverträge für die Berufung eines Ministeriums aus den Reihen der Opposition zur Voraussetzung gemacht. An dem eisernen Willen des Kaisers scheint der magyarische Widerstand scheitern zu wollen. Andererseits fehlt es aber auch heute nicht an peifmütigen Stimmen, die den Frieden unter den gegenwärtigen Umständen als unumgänglich bezeichnen.

In Frankreich kommt es bei der Durchführung derjenigen Bestimmung des Trennungsgesetzes, welche die Aufnahme eines Inventars der Kirchenschatze anordnet, vielfach zu lärmenden und zuweilen sogar gewalttätigen Auftritten. Das Wertwirdige dabei ist, daß der Widerstand der katholischen Bevölkerung gegen die Inventarisierung kein allgemeiner ist, sondern nur vereinzelt vorkommt. Das rührt von dem Zwiespalt her, der den hohen Klerus trennt und bisher sogar den Paps von einer klaren Stellungnahme zurückgehalten hat. Der eine Teil der Bischöfe ist eben der Ansicht, die Inventaraufnahme habe mit der Religion gar nichts zu tun und könne ohne Hindernis erfolgen, während der andere Teil in ihr ein abscheuliches Verbrechen gegen die katholische Kirche erblickt, dem man sich um jeden Preis widersetzen müsse.

England beginnt schon seinen japanischen Bundesgenossen für zukünftige Eventualitäten zu instruieren, indem es mit der Regierung in Tokio vereinbarte, daß eine An-

zahl japanischer Offiziere zu einjährigem Aufenthalte in Indien bejuchen und in englische Regimenter eingestellt werden sollen, um die militärische Organisation Indiens und die Verteidigung seiner Nordwestgrenze zu studieren. Japan mußte also Krieg führen, um Britisch-Indien gegen Rußland verteidigen zu helfen.

Der von einem Petersburger Blatte veröffentlichte Verfassungsentwurf verstimmt, weil er die Klausel enthält, daß notwendig erscheinende Ausnahmebestimmungen erlassen werden können. Man befürchtet ganz allgemein, daß die Ausnahme zur Regel werden wird und daß die Willkürherrschaft in Zukunft fort-dauern wird. Die Säuerung hat sich infolgegedessen auch nicht vermindert wie die trotz der schärfsten Unterdrückungsmah-nahmen täglich und neuerdings wieder in gesteigertem Maße vorkommenden blutigen Ausschreitungen beweisen.

In Sibirien hat die Meuterei der Truppen die riesenhafte Ausdehnung infolge der Untätigkeit und Ber-ständnislosigkeit des Oberkommandierenden, Generals Innem-witsch, genommen, der Fehler auf Fehler begeht. Nach einem Bericht der „Leipz. N. N.“ entließ Innemwitsch 40000 Reservisten, ohne für ihre regelmäßige Beförderung in die Heimat Sorge zu tragen, während auf der sibirischen Eisen-bahn der Streik herrschte. Die Leute erhielten pro Mann und Tag 25 Kopeken für 40 Tage ausbezahlt und sollten nun zusehen, wie sie damit in die Heimat gelangten. Wie ein entfesselter Bergstrom überschwemmten die Reservisten die Eisenbahnstationen, vertrieben in wenigen Tagen ihr Geld und plünderten jede menschliche Behausung, alle Dörfer und Städte, die sie auf ihrem Wege antrafen. Sie raubten die Stationen aus, bemächtigten sich ganzer Eisenbahnzüge und fuhren, wohin sie wollten. Eisenbahnbeamte oder Offiziere, die sich ihnen entgegenstellten, wurden mißhandelt oder ermordet.

Die Marokko-Konferenz in Algier schreitet ihrem Ziele einer allseitigen Verständigung über die schwebenden Streitfragen rüstig entgegen. Es ist ein Fiasko der Konferenz nicht mehr zu befürchten. Nur in Marokko selbst liegen die Dinge höchst unerfreulich, es geht dort alles darunter und darüber. Der Thron des Sultans Abdul Aziz schwankt in bedenklichster Weise. Aber man braucht die Dinge dort nicht besonders tragisch zu nehmen. Der Einmütigkeit der Mächte wird es ein leichtes sein, dort Ordnung zu schaffen.

## Deutscher Reichstag.

Berlin, 31. Januar.

Am Dienstag wurde der Gesetzentwurf über die freien Hilfskassen einer Kommission überwiesen. Mit der Vorlage war nur Abg. v. Brockhausen (kons.) zufrieden, während die anderen Redner aus dem Hause schwere Bedenken hatten; sie befürchteten die Gefährdung des Fortbestandes aller Hilfskassen. Die Regierungsvortreter bemühten sich, diese Bedenken zu zerstreuen; die soliden Kassen sollten nicht geschädigt werden.

Berlin, 1. Februar.

Die Mittwochssitzung brachte die Weiterberatung des vom Zentrum vorgelegten Gesetzentwurfs betreffend die Freiheit der Religionsübung. Abg. Frhr. v. Hertling (Str.) rechtfertigte den Antrag mit Zuständen in verschiedenen Einzelstaaten und betonte, daß die Katholiken mit den anderen Konfessionen in Frieden leben wollten. Vorhaltungen, die Abg. Müller-Meinungen (fr. Volksp.) vor acht Tagen dem Zentrum machte, bezeichnete Redner als unbegründet. Abg. Hoffmann (Soz.) führte aus, die Trauben seien dem Zentrum nur zu sauer, sonst würde es wie früher die Keher verbrennen. Gerade das Zentrum sei unduldsam, wofür sich viele Beispiele anföhren ließen. Redner rügte dann die Behandlung der Dissidenten. Der Staat heuge sich vor der Kirche, nur weil die Sozialdemokratie fürchte, die Schule solle in Preußen der Kirche ausgeliefert werden, aber man werde dagegen kämpfen. Abg. Stöcker (ö. l. Partei) nannte diese Rede tiefbedauerlich. Wer die radikale Kirchengeseg-gebung Frankreichs empfehle, wie der Vorredner es getan, möge erst die Wirkung abwarten. Er, Redner, sei durchaus Anhänger der kirchlichen Freiheit, aber unter Anerkennung der staatlichen Oberhoheit. Der Gesetzentwurf als ganzes sei unannehmbar, dagegen sei einem Beschlusseantrage zuzu-stimmen. Nach weiterer Erörterung, an der sich auch Abg. Müller beteiligte, wurde ein Antrag auf Kommissionsber-beratung abgelehnt, so daß die zweite Lesung gleich im Hause stattfinden kann. Donnerstag: Etat des Reichsamts des Innern.

## Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 31. Januar.

Die Beratung der Verfassungsrevision wird fortgesetzt bei Artikel 12, Wahlen für die Erste Kammer. Die Kommission hat in Uebereinstimmung mit der Regierungsvorlage beantragt, daß für diese Wahlen die relative Mehrheit entscheidend sein soll. Storz (Sp.) beantragt bei diesen Wahlen das gestern für die Wahlen der Abgeordnetenkammer aufgenommene Verfahren anzunehmen. Dadurch würde die Mehrheit vor Ueberrumpelungen gesichert. Das beantragte Wahlverfahren sei vielfach auch bei kleinen Wahlkörpern üblich. Freiherr von Om und Stöck-mayer (Sp.) befrworteten den Antrag Storz, ebenso Kanz-ler von Schönberg und Mitberichterstatter Dieber. Ministerpräsident von Breittling erklärt, daß die Reg-lerung gegen den Antrag nichts einzubringen habe. Der Antrag wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums an-genommen. Bei Art. 18 hat die Kommission eine Aender-ung des bestehenden Rechtszustandes insofern beantragt, als er die Beschränkung der Wählbarkeit der Kirchendiener nur für die Wahlen der Oberamtsbezirke und Städte, nicht auch für die Landesprovinzwahlen festlegen soll. Prälat von Braun hält eine Aenderung des jetzigen Rechtszustandes nicht für notwendig. Die Geistlichen werden das öffentliche Wohl am besten fördern, wenn sie ihren eigentlichen Beruf ausüben. (Bravo!) Freiherr von Sedendorff hält die bisherigen Bestimmungen für zu streng. Es sei eine Art Ausnahmestellung für die Geistlichen. Kultusminister von Weizsäcker sieht die bisherige Beschränkung als durch-aus angemessen an. Kein Beruf verliere so sehr an Ansehen durch die Hineinziehung in die politischen Kämpfe wie der geistliche. (Sehr richtig!) Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen. Artikel 18 beseitigt das Recht der Stimmenübertragung (der sogenannten Geisterstimmen) in der Ersten Kammer, läßt aber den Standesherrn das Recht der Stellvertretung durch einen Apaten in Fällen der Verhinderung. Der Berichtstatter Hausmann-Gera-broun bemerkt, man sei hierbei in einer Zwangslage, da eine Abschaffung des Stellvertretungsrechtes auf eine An-nahme in der Ersten Kammer nicht rechnen könne. Man müsse sich daher mit der Beseitigung der Stimmenübertrag-ung begnügen. Nach einer prinzipiellen Verwahrung des Abgeordneten Keil (Soz.), der erklärt, einen Abänderungs-antrag nur wegen dessen Unschlüssigkeit nicht stellen zu wollen, wird der Antrag der Kommission angenommen. Die nächsten Artikel enthalten Bestimmungen formeller Art und werden ohne Debatte erledigt. In Artikel 26, der das Budgetrecht der beiden Kammern behandelt, schlägt der Entwurf der Reg-lerung eine Aenderung des geltenden Rechts insofern vor, als gefordert wird, daß, wenn die Erste Kammer an den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer zum Etat Aenderungen vorgenommen hat, die Zweite Kammer den Gegenstand einer nochmaligen Beratung und Beschlußfassung zu unterziehen hat. Wenn hierbei die Zweite Kammer einen von dem-jenigen der Ersten Kammer abweichenden Beschluß faßt, so soll ihr Beschluß als Beschluß der Ständerversammlung gel-ten. Ferner hat die Regierung vorgeschlagen, daß bei einer Beschlußfassung über die Aufnahme von Anleihen und über Veräußerungen von Bestandteilen des Kammerguts beide Kammern gleichberechtigt sein sollen. Die Beschlußfassung über den Etat im ganzen soll in der gleichen Weise er-folgen wie bisher, so daß also im Falle der Ablehnung des ganzen Etats durch die Erste Kammer eine Durchzählung der bejahenden und verneinenden Stimmen beider Kammern zu erfolgen hat. Von den ritterschaftlichen Abgeordneten ist hiezu ein Abänderungsantrag gestellt worden, der dem Regierungsentwurf zur Verfassungsrevision von 1897 ent-spricht. Darnach sollen die Beschlüsse der Zweiten Kammer zum Etat im einzelnen der Ersten Kammer zur Beratung und Beschlußfassung mitgeteilt werden. Haben sich dabei wenigstens zwei Drittel der in der Ersten Kammer anwesen-den Mitglieder für Abänderung eines von der Zweiten Kammer gefassten Beschlusses und für Einleitung des weite-ren Verfahrens erklärt, so hat die Zweite Kammer den Gegenstand einer nochmaligen Beratung und Beschlußfassung zu unterziehen. Wenn hierbei die Zweite Kammer mit einer Mehrheit von wenigstens Zweidrittel der anwesenden Mit-glieder einen von demjenigen der Ersten Kammer abweichenden Beschluß faßt, so gilt ihr Beschluß, vorbehaltlich der Abstimmung über den Etat im Ganzen als Beschluß der Ständerversammlung. Kommt ein solcher Beschluß der Zweiten Kammer nicht zu Stande und besteht noch eine Verschiedenheit der Beschlüsse bei der Kammer, so werden die bejahenden und verneinenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt und nach der Mehrheit sämtlicher Stimmen wird alsdann der Ständebeschluß abgefaßt. Würde in



diesem Falle Stimmenmehrheit eintreten, so hat der Präsident der Zweiten Kammer die Entscheidung. Ein Eventualantrag von Seckendorff und Prälat von Berg verlangt die Wiederherstellung des Regierungsentwurfs d. h. die Aufnahme des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Kammern wegen Aufnahme von Anleihen und Veräußerung von Teilen des Kammergutes. Verichteratter Hauptmann-Gerabronn referiert über die Kommissionsverhandlungen. Das Jugendumsk, das die Regierungsvorlage der Ersten Kammer mache und das die Kommission angenommen habe, sei bedeutend. Den Satz über die Aufnahme von Anleihen und über die Veräußerung von Teilen des Kammergutes habe die Kommission gestrichen. Wenn er, wie die Regierung behaupte, geltendes Recht darstelle, so sei er unnötig. Im anderen Falle sei er innerlich nicht begründet. Nach einer kurzen Begründung seines Antrags durch Freiherrn von Seckendorff äußert sich Finanzminister von Beyer dahin, daß die Erste Kammer der Ansicht sein werde, sie habe durch den Artikel 19 des Einkommensteuergesetzes im Wesentlichen das erreicht, was sie erreichen wollte. Die Regierung komme in dieser Frage erst in zweiter Linie. Zunächst wolle sie abwarten, ob zwischen den beiden Kammern eine Einigung über die Vertretung des Budgetrechts erfolge. Der Satz über die Aufnahme von Anleihen und Veräußerung von Teilen des Kammergutes sei in die Vorlage aufgenommen worden, weil die Erste Kammer im Jahre 1898 großen Wert darauf gelegt habe. Die Regierung glaube, in der von ihr abgefaßten Denkschrift überzeugend dargelegt zu haben, daß der von ihr eingeführte Satz tatsächlich dem bestehenden Zustand entspricht. Die vorgeschlagene Bestimmung werde vielleicht für das Schicksal der Verfassungsrevision nicht entscheidend sein, wohl aber werde sie Wert haben für das künftige Verhältnis der beiden Kammern zueinander. Liesching (Vp.): Der Antrag der Ritter bezwecke eine Erweiterung des Ausgabenbudgetrechts, der Vorschlag der Regierung eine Erweiterung oder wenigstens eine geistliche Festlegung des Einnahmebudgetrechts der Ersten Kammer. Die Erste Kammer hat seither den größten Wert auf das Einnahmebudgetrecht gelegt, aber keinen großen Wert darauf, daß sie bei allen Einzelausgaben mitzureden habe. In den Vorschlägen der Regierung würde eine große Erschwerung des Ganges der Beratungen liegen. Der Gang der Beratungen würde noch mehr erschwert werden und das Verhältnis der beiden Kammern würde sich verschlechtern. Näher würde die Annahme des Antrags der Ersten Kammer aber nicht, da die Zweite Kammer im Falle der Durchzählung doch darauf sehen würde, eine Zweidrittel-Mehrheit für ihre Beschlüsse zusammenzubringen. Wenn von den Ritters befürchtet wird, eine künftige Zweite Kammer könne den Etat der Kirche streichen, so würde die Erste Kammer von ihrem Recht, den ganzen Etat abzulehnen, Gebrauch machen können. Abdann müßte eine Durchzählung der Stimmen beider Häuser stattfinden. Aber wichtiger als das Ausgabenbudgetrecht sei das Einnahmebudgetrecht, dessen Grundlage das Steuerbewilligungsrecht sei. In dieser Sache hat die Erste Kammer durch das Einkommensteuergesetz ein weitgehendes Recht erhalten. Den Schlußfolgerungen der Denkschrift der Regierung bezüglich des gleichen Rechts beider Kammern in der Frage der Schuldannahme könne er nicht beitreten. In dieser Frage habe sich die Zweite Kammer als glückliche Besitzerin bisher um ihr Budgetrecht nicht genügend gekümmert. Die Erste Kammer habe darüber aber viel besser gewacht. Eine einheitliche und konsequente Praxis in der Gesetzgebung über dieses Gebiet liege nicht vor. Es sei festzuhalten, daß eine Einnahme, möge sie herühren aus welcher Quelle, im Etat zusammengefaßt wird. Freiherr von Dörsch stellt den Antrag der Ritter als ein wesentliches Entgegenkommen gegenüber dem Standpunkt der Zweiten Kammer an. Prinzipiell verlangen die Ritter

ein viel weitergehendes Budgetrecht der Ersten Kammer. Die Streichung des Satzes über die Aufnahme von Anleihen durch die Kommission bedeute eine entscheidende Verschlechterung der Regierungsvorlage. Die Ritter legen sich nicht auf ihren Antrag fest. Sie würden auch eine andere denselben Zweck erreichende Lösung annehmen. Sie wollen abwarten, in welcher Weise sich die Erste Kammer zu der Frage stellen wird und sich ihre Entscheidung vorbehalten. Nachdem noch Heffner (D. Vp.) und Rembold (Str.) gesprochen und Staatsrat v. Fleischhauer die Auffassung der Regierung verteidigt hatte, wurde die Beratung auf morgen vormittag vertagt.

Stuttgart, 1. Februar.

Die Kammer hat heute die Beratung des Gesetzesentwurfs betr. Abänderung der Verfassung beendet. Die heutige Sitzung war fast vollständig ausgefüllt mit der fortgesetzten Debatte über den Art. 26, der von dem Budgetrecht handelt. Zunächst sprach Ministerpräsident v. Breittling, auf der Tribüne allerdings kaum verständlich, sich dahin aus, daß, wenn die Bestimmung des Entwurfs hinsichtlich der Gleichberechtigung beider Häuser in der Aufnahme von Anleihen nicht wiederhergestellt werde, die Revision in der Tat ernstlich gefährdet sei. Abg. Haug erklärte sich gegen ein Mittel aus dem Vorrecht der zweiten Kammer und gegen beide Anträge von Seckendorff. Freih. v. Ullrich betonte, daß die Ritter diejenigen seien, welche die Opfer bringen und bezeichnete den Kampf der Presse gegen sie, namentlich im Beobachter, als taktlos, unanständig und wirkungslos und eher dazu geeignet, den guten Willen der Ritter zur Mitarbeit zu lähmen. Freih. v. Seckendorff hob hervor, daß die Ritter nichts Unmögliches verlangten, Maß und Besonnenheit gezeigt und lediglich ihre Pflicht erfüllt haben. Abg. Reil erklärte sich gegen jede Verstärkung der Rechte des anderen Hauses und meinte, man habe das budgetrechtliche Erstgebührenrecht der zweiten Kammer schon in Art. 19 des Einkommensteuergesetzes gegen ein Disziplinarrecht verkauft. Er polemisierte dann gegen die Ritter und betonte, daß die zweite Kammer es sei, welche die Interessen des gesamten Volkes vertrete und nicht die einzelnen privilegierten Stände. Die Ritter sollten in christlicher Einsicht und Ergebenheit auf ihre Ansprüche im Interesse des Landes verzichten. Im Kommissionsbericht liege schon ein Jugendumsk. Das Scheitern der Reform werde Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokratie sein; komme sie aber zustande, so müßten die Ritter hinübergehen und konservativ wirken. Seine Partei werde weiter arbeiten an der sozialen Hebung der breiten Massen und der Demokratisierung des Volkes. Prälat von Berg vertrat nochmals den reformfreundlichen Standpunkt seiner Kollegen; diese gingen davon aus, daß die Regierung und dieses Haus auch in Zukunft die Interessen der evangelischen Kirche wahren werde. Gute Gesetze seien nicht das höchste; der Geist sei es, der lebendig mache; bleibe der Geist der Gottesfurcht, so werde es auch in Zukunft an leuchtenden Tagen nicht fehlen. Er hat um Annahme des Eventualantrags. Ver.-Ers. Hauptmann zählte alle die Punkte auf, in denen das Haus den Wünschen der Ritter nachgegeben sei. Abg. Gröber kam zunächst auf Art. 19 des Einkommensteuergesetzes zu sprechen, bei dem man in einen sauren Apfel gebissen habe. Unbestreitbar sei das Einkommensteuergesetz eine Wohltat, und wenn Klagen vorkommen, so wenden sie sich nicht gegen das Gesetz, sondern gegen die Ausführung, nicht gegen den Minister und die höheren Beamten, sondern gegen allzu eifrige untere Organe. Er erwähnte dabei eine heute eingebrachte Anfrage des Zentrums, ob dem Finanzminister bekannt ist, daß die Einkommenssteuereinschätzung des vorigen Jahres in mehreren Oberamtsbezirken zahlreiche Klagen, insbesondere über auffallende Ungleichheiten und allgütige Schablonenhaftigkeit hervorgerufen hat und welche Maßnahmen der Minister zu er-

greifen gedenke, um solchen Klagen in Zukunft vorzubeugen. Dann wandte er sich gegen die das Gesetz schlecht machende Sozialdemokratie, dem diese, abgesehen von dem noch nicht praktisch gewordenen Art. 19, zugestimmt habe. Hierauf beschäftigte er sich eingehend mit der Frage der Gleichberechtigung beider Häuser in der Aufnahme von Anleihen und verneinte diese, indem er der Denkschrift der Regierung hierüber Unvollständigkeit vorwarf und betonte, daß die zweite Kammer wiederholt eine fremde Rechtsverwahrung ausgesprochen habe. Die Kommission zeige großes Entgegenkommen, wenn es ihr jetzt nur darum zu tun sei, daß die Frage nicht positiv entschieden werde. Auf keinen Fall werde das gleiche Recht der ersten Kammer anerkannt werden. Hiergegen wandten sich Finanzminister v. Beyer und Staatsrat v. Fleischhauer, von denen der erstere wiederum auf der Tribüne vollständig unverständlich blieb. Abg. Kraut sprach sich für den Eventualantrag aus, da die Gleichberechtigung der beiden Kammern in der Anleihenfrage nachgewiesen sei und die Rücksicht auf die erste Kammer es gebiete, dieser ihr Recht nicht zu nehmen. Nachdem dann noch Liesching, Reil und Graf Ullrich gesprochen hatten, wurde der Hauptantrag von Seckendorff auf Erweiterung des Budgetrechts der ersten Kammer mit 73 gegen 14 Stimmen, der Eventualantrag, der die Wiederherstellung eines von der Kommission im Entwurf gestrichenen Satzes bezweckt, wonach bei der Beschlußfassung über die Aufnahme von Anleihen und über die Veräußerung von Bestandteilen des Kammergutes die beiden Kammern gleichberechtigt sein sollen mit 64 gegen 23 Stimmen abgelehnt und schließlich der Kommissionsantrag, der der zweiten Kammer das Budgetrecht beläßt, mit 74 gegen 15 Stimmen der Ritter u. 3 Abgg. des Zentrums angenommen. Sehr rasch wurden sodann die noch übrigen Artikel 27 bis 30 des Entwurfs erledigt. Man gelangte endlich unter großer Bewegung des Hauses zur Schlußabstimmung. Die Vorlage wurde nach den gefaßten Beschlüssen mit 69 gegen 20 Stimmen des Zentrums und der Abgg. von Breitschwert und v. Bissingen mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit unter den Beifallskundgebungen des Hauses angenommen. Abwesend waren nur wegen Krankheit die Zentrumsabgeordneten von Nieder und Bogler. 10 ritterschaftliche Abgeordnete und die Sozialdemokraten haben motiviert abgestimmt. In der Erklärung der Ritter heißt es, daß sie mit dem Gesetz, wie es aus der Beratung dieses Hauses hervorgegangen ist, in wesentlichen Punkten nicht einverstanden sind; die Bedeutung der Vorlage lasse es aber als wünschenswert erkennen, daß dem anderen Hause zur Durchberatung des Gesetzes Gelegenheit gegeben werde. Gelange die Vorlage an dieses Haus zurück, so erscheine ihnen die Möglichkeit einer gütlichen Verständigung über die noch vorhandenen Gegensätze nicht ausgeschlossen. In diesem Sinne stimmten sie dem Gesetzentwurf im ganzen zu. Für den Fall einer späteren Abstimmung behielten sie sich jedoch Stellungnahme nach jeder Richtung vor. Die Sozialdemokraten erklärten, daß der Entwurf in einer Reihe von Einzelbestimmungen nicht die Gestalt erfahren habe, die sie im Interesse des Volkes für geboten erachteten, insbesondere der Fortbestand der Kammer der Standesherren in der neuangeordneten Zusammensetzung widerspreche den Grundsätzen, die sie in Beziehung auf die Vertretung des Volkes in der gesetzgebenden Körperschaft als das Richtige erkennen. Bei der Vertretung ihrer abweichenden Anschauungen habe sich ergeben, daß die mitwirkenden Faktoren für eine Kürzung der Privilegien einiger Stände und eine demokratischere Ausgestaltung des Entwurfs nicht zu haben waren. Wenn sie nun trotzdem dem Entwurf zustimmen, so geschähe es in Würdigung der Bedeutung und der Wirkung der Umwandlung der 2. Kammer in eine reine Volkskammer.

**Lesestück**

Wenn das Glück zu dir tut wenden,  
So hast du Freund' in allen Enden;  
Wenn aber das Glück verichwindt,  
Derselben sich nicht einer findt.

**In letzter Stunde.**

Roman von Henriette von Meerheimb.

(Fortsetzung).

„Gesund und glücklich?“ sagte Baby. „Ich weiß gar nicht mehr wie das ist, Mutti. Es ist schon lange her, daß ich beides war — sehr lange! In mir ist alles so wund und weh.“

„Ja, Herzchen, ja, aber du mußt dir auch ganz unnötige Sorgen. Ich habe mit Horst gesprochen. Wenn er ein bißchen zu viel Geld ausgab, was tut das? Er ist eben nicht gewöhnt zu sparen. Er wird solche gute Karriere machen! Vater und ich sind sehr stolz auf unseren klingen Schwiegersohn, da geben wir gern mehr und bezahlen die paar Rechnungen. Was schadet es denn? Später seid ihr in Berlin hübsch nahe bei uns. Denke mal, wie reizend das wird, wenn wir dann jodiel öfter zu einander können!“

Baby antwortete nicht. Sie nahm der Mutter Hand und drückte sie leidenschaftlich an ihre Lippen.

„O Mutti, was bist du immer gut gegen mich gewesen mein Lebenlang! Wenn ich dir nur danken könnte! Aber lieb hab' ich dich gehabt, Mutti — so lieb.“

Ein Schauer durchlief die Mutter. Baby sprach von sich wie von einer Gestorbenen!

„Närchen, wenn deine alte Mutti nicht gut gegen dich sein sollte, das wär' noch schöner. Du bist ein wenig verzogen, das ist schon richtig, und da nimmt solch kleines verwöhntes Ding zuerst alles etwas tragisch. Das erste Jahr der Ehe ist oft das schwerste, Baby. Man muß sich einleben miteinander. Ein Mann sagt wohl auch mal in

der Heftigkeit etwas, was er gar nicht so meint, nachher tut es ihm selbst sehr leid.“

Frau v. Brandenfels wußte kaum, was sie alles redete, um das arme, zerrissene Herz zu beschwichtigen.

Gabriele sah der Mutter ins Gesicht, mit einem unendlich weichen Blick. Es lag aber doch ein ganz klein wenig sanfte Ironie darin, als wollte sie sagen:

„Bist dir nicht so viele Mühe, wir wissen ja beide doch ganz genau, wie es steht.“

Baby schien sehr matt; ihre Mutter zog leise die Gardine zu, daß nur noch gedämpftes Licht im Zimmer herrschte. Sie ging hinaus, damit die Kranke ungestört schlafen konnte.

Als sie im Salon bei ihrer Arbeit saß, meldete Babette Frau v. Montigni aus Billeneuve.

Frau v. Brandenfels fuhr auf. Der Name Billeneuve wurde in dem erregten Gespräch gestern nacht von Baby in leidenschaftlicher Anlage erwähnt.

Ehe sie noch recht zum Entschluß kommen konnte, ob sie den Besuch empfangen oder sich verleugnen lassen sollte, betrat Sibylle schon das Zimmer.

„Verzeihen Sie, gnädige Frau, daß ich hier eindringe,“ sagte sie zu der alten Dame, die sich mechanisch erhob und sie begrüßte. „Ich hörte aber ein hoffentlich übertriebene Geräusch von der ersten Erkennung Ihrer Frau Tochter und wollte mich gern selbst einmal erkundigen.“

„Meine Tochter ist sehr leidend und ich bin in großer Sorge um sie,“ antwortete Frau v. Brandenfels ernst, mit unwillkürlichem Interesse in Sibylles schönes, anziehendes Gesicht sehend.

Diese erschrak:

„Wirklich so leidend? Aber das gibt sich wohl bald?“ Die Mutter seufzte nur.

„Herr v. Königsdorf ist nicht zu Hause?“ fragte Sibylle. „Nein,“ lautete die kurze Antwort. „St er überhaupt

je zu Hause?“ fuhr Frau v. Brandenfels nach einer kurzen Pause mit kaum unterdrückter Empörung fort. „Herrndiners, Spritzfahrten nach Baden-Baden, Rennen, Diners in Billeneuve und was alles sonst noch. Mich wird's auch wenig kümmern, wenn es nur meinem Kinde nicht so weh täte. Aber es heißt ihr das Herz! Das ist der Grund des trostlosen Zustandes. Bei zart organisierten Naturen leiden Körper und Seele zugleich.“

Sibylle erbläute.

„Ich ahnte nicht, daß es so stand,“ sagte sie tonlos.

„Ich kann mich nicht frei von Schuld sprechen, gnädige Frau. Herr v. Königsdorf ist ein alter Bekannter von mir, gemeinsame, geistige Interessen verbinden uns. Ich habe mich meines Mannes wegen, der ein hoffnungslos Kranker ist, von jedem Verkehr zurückgezogen; mit Ihrem Schwiegersohn mache ich eine Ausnahme. Er ist in letzter Zeit allerdings häufig bei mir gewesen, um mir sein Manuskript vorzulesen. Ich habe nicht gedacht, daß sein vieles Kommen seine Frau kränken müßte. Es war egoistisch von mir. Ich werde ihn bitten, seine Besuche bei mir einzustellen, und früher als ich beabsichtigte, mit meinem Mann in ein Bad gehen. Das löst alles am besten. — Kann ich Ihre Frau Tochter sehen?“

„Ich glaube, sie schläft; ich möchte sie nicht wecken.“

„Nein, das sollen Sie auch nicht. Lassen Sie mich durch eine Spalte in das Zimmer schauen. — Bitte! Ich werde sie voranschickeln, nie mehr im Leben wiedersehen, denn, wie ich höre, wird Königsdorf nach Berlin verlegt; unsere Wege trennen sich damit wohl für immer. Der erste Eindruck, den ich von Ihrer Frau Tochter gewann, war der einer holden Frühlingblume — ich weiß keinen anderen Vergleich. Später, leider wohl auch mit durch meine Schuld, fiel ein Schatten über unseren Verkehr.“

Frau v. Brandenfels öffnete geräuschlos die Tür zum Schlafzimmer.

## Landesnachrichten.

**Altensteig, 1. Febr.** Als Predigttext zu seinem Geburtstag hat der König Psalm 108: „Ich habe den Herrn allezeit vor Augen, denn er ist mir zur Rechten, darum werde ich wohlbleiben“ gewählt.

**Leberberg, 1. Febr.** Schon seit einigen Wochen kamen bei der hiesigen Kinderwelt vereinzelt Fälle von Masern vor. Man griffen aber dieselben in den letzten Tagen so heftig um sich, daß die hiesige Schule bis auf Weiteres geschlossen werden mußte. Glücklicherweise scheint die Krankheit in den meisten Fällen gutartig zu verlaufen und es ist zu hoffen, daß die Schule in Kürze wieder begonnen werden kann.

**Spielberg, 1. Febr. (Korr.)** Am letzten Dienstag wurde hier durch den Ortsgeistlichen im Gasthaus z. Ochsen wieder ein Gemeindefest veranstaltet, der sehr zahlreich besucht war. Der Abend wurde eingeleitet durch den Vortrags mit einem patriotischen Lied. Dann gab der Ortsgeistliche in einstündigem Vortrag einen Ueberblick über die Geschichte Württembergs vom 17. Jahrhundert bis auf die neueste Zeit, dem die Anwesenden mit Interesse und großer Aufmerksamkeit folgten. Gemeinsamer Gesang und Vortrag eines Gedichts schloß sich an. Für weitere Unterhaltung sorgte Gärtner Burghard als „Coupletsänger“. Auch der Vortrags gab noch einigelieder zum besten. Ebenso bekamen die Anwesenden verschiedene Klavierstücke zu hören, die Frau Pfarrer Burger mit Herrn Lehrer Sög zum Vortrag brachte. Alles Dargebotene wurde mit viel Beifall aufgenommen und Herr Kueff sen. dankte im Namen der Erschienenen allen Mitwirkenden. Mit dem Wunsch, daß in Zukunft zu denartigen Gemeindefesten die Männer auch ihre Frauen zahlreicher mitbringen möchten, schloß der Vorsitzende den gelungenen Abend.

**Calw, 31. Januar.** An Stelle des verstorbenen Stadtkirchens Schütz wurde Stenerratschreiber Dreher zum provisorischen Stadtpfleger gewählt. Die definitive Besetzung wird erst erfolgen, wenn festgestellt ist, ob der Umfang der Gas- und Wasserverwaltung es erfordert und die Mittel derselben erlauben, diese Betriebe unter Kostrennung von der Stadtpflege unter eine besondere technische Aufsicht zu stellen. Zu dem Zweck wurde eine Kommission aus je 2 Mitgliedern des Gemeinderats und des Bürgerausschusses eingesetzt.

**Neulingen, 1. Febr.** In der gestern abgehaltenen Generalversammlung des hiesigen Vereins für Feuerbestattung wurde ein Antrag zur Erbauung eines eigenen Krematoriums einstimmig angenommen.

**Alm, 1. Februar.** Interessante Versuche mit Kalkdüngung und Fruchtfortenanbau wurden im letzten Jahre von der hiesigen landwirtschaftlichen Winterschule ausgeführt. Landwirtschafsinспектор Ströbel machte hierüber kürzlich Mitteilungen, wovon nachstehend das wichtigste angeführt sei. Bei Anwendung mit kohlenstoffreichem Kalk wurden auf 1 Hektar 6 Ztr. und bei Verwendung von gebranntem Kalk 7 1/2 Ztr. Haber mehr erzielt. Auch bei Versuchen auf Weizen ergaben sich Mehrerträge und zwar bei kohlenstoffreichem Kalk 20 Ztr. und bei gebranntem Kalk 32 Ztr. Heu mehr als ohne Anwendung von Kalk. Es hat sich bei den Versuchen ergeben, daß auf leichten Böden mehr der kohlenstoffreiche und auf schweren Böden sicherer der gebrannte Kalk wirkt. Die Versuche hinsichtlich der Ertragsfähigkeit der verschiedenen Sorten wurden mit Haber, Roggen und Gerste ausgeführt. Bei Haber erwiesen sich besonders ertragsreich Vigewo- und Miltenhaber, Vessler II blieb mit den Erträgen zurück, er verlangt tiefen Boden und gutes Klima, wird auch eine Woche später reif. Bei Gerste wurde gegenüber den üblichen angebauten eine hervorragend bessere Sorte nicht gefunden.

**Aus Baden, 31. Jan.** In Heidelberg nahm gestern

beim Auspacken eines Koffers der 13 Jahre alte Sohn des Landwirts Johann Schwede einen geladenen Revolver zur Hand, als sich die Waffe entlad und die daneben stehende 15jährige Schwester auf der Stelle tötete.

**Berlin, 1. Febr.** Der Kaiser richtete an den Reichskanzler einen Erlaß zur Veröffentlichung, worin er allen, die anlässlich seines Geburtsdays seiner gedachten, seinen herzlichsten Dank zu erkennen gibt.

**Berlin, 31. Jan.** Die Generaldirektor Ballin mitteilt, ist der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Silvia“, der mit einem großen Transport russischer Truppen vorgeritten von Wladivostok abgegangen war, auf eine schwimmende Mine gestoßen und in folgendem Zustande nach Wladivostok zurückgekehrt, wo das Schiff auf den Strand gestößt worden war, um den Untergang desselben zu verhindern. Der erste Koch Ottomar Schwabold hat bei dem Unfall sein Leben verloren.

**Waltenscheid, 1. Febr.** Auf der Zeche „Zentrum“ wurden durch Einsturz eines Pfeilers die Bergleute Gebrüder Meissen getötet. Beide sind Familienväter.

## Ausländisches.

**Paris, 1. Febr.** Bei der Kirche der hl. Chlothilde kam es nachmittags zu einer erheblichen Ruhestörung. Eine Menschenmenge warf den städtischen Vertreter Meunier, als er die Inventuraufnahme ankündigen wollte, die Stufen der Kirche hinauf. Meunier wurde nicht unerheblich verletzt. Die Menge verschanzte sich in der Kirche mit Barrikaden aus Kirchenstühlen und konnte erst nach heftigem Kampf vertrieben werden, nachdem der Polizeipräsident Begine mit einer Kompanie Garde-republikaner eingetroffen war. Ein Domänen-inspektor nahm Johann das Inventar auf. Das Innere der Kirche ist vollständig verunstaltet. Es gab zahlreiche Verwundete, doch niemand wurde schwer verletzt. 150 Verhaftungen wurden vorgenommen; auch ein Priester wurde verhaftet.

**Kopenhagen, 1. Febr.** Heute mittag 12 Uhr wurde der Sarg mit der Leiche des Königs, nachdem die Mitglieder der R. Familie von der Leiche Abschied genommen hatten, geschlossen und im Gartensaal auf einen Katafalk gestellt.

**Petersburg, 1. Febr.** Großfürst Alexis Alexandrowitsch hat beschlossen, alle seine Liegenschaften in Rußland an die Landbevölkerung abzutreten? Der Kaufpreis soll in jährlichen Abzahlungen erledigt werden.

## Die Lage in Rußland.

**Petersburg, 1. Febr.** Die Nachrichten aus Riga lauten wieder sehr ernst. Die Revolution hat von neuem begonnen. Infolgedessen hat der dortige Gouverneur um Truppen gebeten, die bereits auf dem Wege sich befinden.

**Warschau, 1. Febr.** Abends gegen 10 Uhr wurde die Vorstadt Wola militärisch zerniert. Alle Häuser wurden durchsucht.

**Warschau, 1. Febr.** Hier wurden gestern 50 Jozakiten wegen terroristischer Beteiligung riegserichtlich erschossen.

**Berdliffess, 1. Febr.** Die Plünderungen der Aufständischen dauern fort. Eine Frau, die sich geweigert hatte, den Aufständischen Geld zu geben, wurde getötet.

**Sodj, 1. Febr.** Der Hauptmonopolladen samt der Spiritusdistillation steht in Flammen.

**Wladivostok, 1. Febr.** Mehrere tausend Menschen nahmen an dem Leichenbegängnis von 22 Soldaten teil, die bei Unruhen am 23. v. M. um-

gekommen waren. In den Hägen wurden rote Fahnen getragen. Ein Zwischenfall ereignete sich nicht. Um die Bevölkerung zu beruhigen, richtete die Stadtverwaltung an den Kaiser die Bitte, den Soldaten, welche an den Ereignissen in Wladivostok am 12. Nov. und 28. Jan. teilgenommen hatten, Amnestie zu gewähren. General Artamow wurde an Stelle des Generals zum Kommandanten der Festung ernannt.

## Die Marokko-Konferenz.

**Algier, 1. Febr.** Das Redaktionskomitee hat gestern die Ausarbeitung der Vorlage betr. die Steuern benedigt. Die in der heute stattfindenden offiziellen Sitzung vorgelegt werden soll. In dem Entwurf wird besonders vorgeschlagen, gewisse Steuern anzunehmen, die Einzelheiten jedoch zur Prüfung den Vertretern der fremden Mächte in Tanger zu überlassen. In die Vorlage sind gewisse in dem marokkanischen Programm enthaltene Steuern aufgenommen worden. Ueber die Frage der Zölle ist noch nicht verhandelt worden.

**Algier, 1. Febr.** Der heute vormittag an der Konferenz angenommene Steuerentwurf schließt die von den marokkanischen Vertretern gemachten Vorschläge betr. die Besteuerung von Post, Telegraph und Telephon aus. Nächste Sitzung Samstag vorm. 10 Uhr.

**Algier, 1. Febr.** Bei der Beratung des Steuerentwurfs, den die heutige Vollversammlung der Konferenz angenommen hat, erhoben die marokkanischen Vertreter zahlreiche Einwände und erklärten, daß sie den Entwurf der Entscheidung des Sultans unterbreiten werden.

**Algier, 1. Februar.** Mehrere Delegierten haben die Instruktionen, die sie von ihren Regierungen wegen Erhöhung der Zölle verlangt hatten, erhalten. Man nimmt an, daß sämtliche Delegierten am Samstag im Besitz der Instruktionen sein werden. Man wird sodann zum Austausch der Ansichten über die Frage schreiten können, welche alle Nationen interessiert, insbesondere England, dessen Delegierten sich anschlüssen, an der Beratung regen Anteil zu nehmen. Die Ansichten über die Ergebnisse gehen auseinander. Die Beratung wird sich hauptsächlich auf die Anträge der Franzosen erstrecken, die dahin gehen, die Zölle um die Zuschlagstantieme zu erhöhen.

## Handel und Verkehr.

**Leipzig, 1. Febr.** Der gestrige Viehmarkt war so gut besucht, wie seit Jahren nicht mehr. Angeführt waren 294 St. Ochsen und annähernd je gleichviel Kühe und Jungvieh. Der Handel war jedoch wenig lebhaft, was wohl zum Teil dem gegen 10 Uhr einsetzenden, heftigen Schneegestöber zuschreiben sein mag. Für Mastochsen pro Paar wurden 1020-1060 M., für starke Zugochsen 900, 920, 950, 980-1000 M., für mittlere 760, 770-800 M., für gute, starke Mastkühe 420 M. bezahlt. Auch der Schweinemarkt war verhältnismäßig gut besucht, es waren 24 Körbe Milchschweine da, die zu den Preisen von 30-50 M. pro Paar runden Absatz fanden.

**Fochingen, 30. Jan.** Bei dem heutigen Eisenstammholzverkauf, der über Erwarten gut besucht war, wurden noch nie dargelegene Preise erzielt. Es wurden pro Fm. bezahlt: für Eichen Ia 108-120 M., Ib bis zu 110 M., Io 25-30 M., IIa 82-109 M., IIb 28-35 M.

**Reimerdingen, 1. Febr.** Bei dem gestrigen Eisenstammholzverkauf war der Mittelpreis pro Fm. 65 M. für eine Eiche mit etwa 8 Fm. wurden 601 M. gelöst. Ein 4,4 Meter langer Absatz dieser Eichen kostete 461 M.

**Flacht, 1. Febr.** Bei dem vorgestrigen Gemeindefestholzverkauf kostete durchschnittlich der Fm. buchene Eiche 8-16 M., eichenes Nutholz 7-17 M., Tannenholz 6-9 M.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Paul, Altensteig.

## Dringend

biten wir, die rückständigen Bestellungen auf „Aus den Tannen“ für die Monate Februar u. März umgehend zu machen, damit das pünktliche Eintreffen gesichert ist.

## Siebzigtes Kapitel.

Einige Tage nach Sibylles Besuch bei Frau von Brandenfels, als sie gerade wieder, an ihrem Schreibtisch sitzend einen halbfertigen Brief zerriss, meldete der Diener den Rittmeister v. Königsfeld.

Tiefe Blässe überzog Sibylles Züge.

„Ich lasse bitten“, sagte sie ruhig, sich mühsam beherrschend.

„Sie bringen mir Nachrichten von Ihrer Frau? Wie geht es ihr, besser?“

Sie reichte dem Eintretenden die Hand, die er an seine Lippen zog.

„Meiner Frau? Wie geht es ihr? O furchtlich gut.“

Herr v. Königsfeld lächelte und nahm seine gewohnten Sitz am Kamin ein: „Jedenfalls wohl gut, Mann“ ist ja bei ihr, bei der kann sie sich nun ausklagen. Ich bin seit drei Tagen bei Bruck in Chatelet; der ist gastfreundlicher wie Sie. Sie verweigerten mir das Asylrecht; ich sagte Ihnen ja gleich, ich würde fliehen, wenn Mutter, Wärterin und andere „weisse Frauen“ anrückten.“

Selbst leichter, nachlässiger Plauderton harmonierte sehr schlecht mit der düsteren Erscheinung seiner Züge. Sibylle merkte es, auch er wollte eine Entscheidung herbeiführen; klopfenden Herzens, mühsam atmend, lehnte sie sich in ihren Stuhl zurück.

Einige Minuten blieb alles still.

Die kleine Koloratur auf dem Kamin holte aus, sieben helle, silberne Schläge schwirrten durch das stille Zimmer.

Die Spieluhr im Saal nebenan setzte ein; hell und rein klang die süße Melodie des kleinen „Frühlingsliedes“ von Massenet zu ihnen herüber:

„Öffne die Augen, die blauen,  
Lieschen, es tagt.“

„Wie lange soll die Komödie zwischen uns beiden noch fortgespielt werden?“ fragte Königsfeld plötzlich. „Wir verstehen unsere Gefühle hinter Freundschaftsbezeichnungen, und wissen es doch sehr gut, was das Ende sein muß.“

„Sie kommen mir zuvor“, antwortete Sibylle ernst. „Auch ich will mit Ihnen darüber reden. Erst wollte ich Ihnen nur schreiben und Sie bitten, Ihre Besuche hier einzustellen. Vielleicht klingt es aber mündlich weniger hart, wenn ich es offen ausspreche: Ihr häufiges Kommen verhindert es, daß ich mich so ausschließlich meinem armen Mann widme, wie meine Pflicht gebietet. Vor allem aber Ihrer Frau wegen ist es nötig, unseren Verkehr abzubrechen; das arme Kind leidet unter Ihrer Vernachlässigung. Wenn ich Sie auch vielleicht nicht bewegen kann, sich mehr um sie zu kümmern, so kann ich doch wenigstens mich selbst als Stein des Anstoßes aus dem Wege räumen.“

„Vortrefflich! Ich höre ordentlich meine Frau Schwiegermutter. Sprechen Sie die würdige Dame vielleicht?“

„Ja, ich sah selten eine so verehrungswürdige Frau, ein goldenes Mutterherz, das nur um sein Kind bangt und zittert. Sie sagte mir kein Wort des Vorwurfs, obgleich sie nicht gänzlich unbefangenen schien. Sie ließ mich Gabsiele sehen. Gott, sie sah so oft dies verzerrte, leidende Gesicht vor sich! Ist es möglich, daß Sie kein Mitleid, keine Reue bei diesem Anblick fühlten?“

„Nein, Sie wissen, ich halte diese beiden Gefühle für die überflüssigsten und tödlichsten, die es gibt.“

(Fortsetzung folgt.)

\* Eine Hochzeit im Löwenkäfig fand in Paris statt. Das Brautpaar war ein Löwenkämpfer und eine Wandlerin, die in dem Käfig auch noch einen neugeborenen Löwen mit Champagner „taufte.“

